

Für eilige Leser

am Sonnabend morgen.

Mehrere Flugzeuge griffen in der Nacht zum 8. März London, Margate und Dover mit guter Wirkung an. Unsere Unterseeboote haben im Sperrgebiet um England wieder 18500 Tonnen versenkt, davon zwei selbstläufige Dampfer im Nordskanal.

Der Zentralausschuß der Petersburger Sowjets hat nach einer neuer Meldung mit großer Mehrheit den Friedensvertrag mit Deutschland gutgeheißen.

365 britische Sowjets, d. h. fast 70 Prozent der Sowjets Großbritanniens, sprachen der Bolschewitzregierung anlässlich des Friedensschlusses ihr Vertrauen aus.

Eine russische Moldau-Republik hat sich nach einer französischen Meldung zwischen Dnestr und Pruth mit der Hauptstadt Kischinew gebildet.

Der rumänische Ministerpräsident Averescu wird wahrscheinlich zurücktreten; als sein Nachfolger wird Marafiloman genannt.

Amerika hat es nach einer Washingtoner Privatmeldung abgelehnt, seine Zustimmung zu dem Vorgehen Japans in Sibirien zu geben.

General Pershing, der amerikanische Oberbefehlshaber in Frankreich, hat erklärt, daß die amerikanischen Besätze im Westen noch nicht sehr beträchtlich seien.

Das englische Unterhaus bewilligte einstimmig den Kredit von 500 Millionen Pfund Sterling (= 12 Milliarden Mark).

Das spanische Kabinett entschied sich einstimmig für die Militärreform; eine Krise besteht nicht.

Wetteranläge der amst. Woch. V. d. S. w. e. t. w. a. r. t. e. Zeitweise trüb, keine wesentliche Temperaturänderungen.

Ziel seines Bestehens an eine fremde Macht abtreten, noch einer solchen Macht ein Servitut an seinem Oberheitsgebiete einräumen darf. Hierin wird man die Grundlagen zu einem neuen festen Abkommen zu sehen haben ähnlich dem Vertrag von 1908. Den gleichen Erwägungen entspricht die in Artikel 13 einseitig getroffene Regelung der Akaandfrage, die im Anschluß an den deutsch-russischen Friedensvertrag erfolgt ist. Es wird hierdurch anerkannt, daß für diese Frage lediglich die Randstaaten, nicht aber mehr die Seemächte mitzubestimmen haben, die den Pariser Vertrag von 1856 durch ihre Zustimmung zu der von Rußland eigenmächtig durchgeführten Befestigung gebrochen haben. Was besonders Schweden anbetrifft, so hat die deutsche Regierung wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland die schwedischen Interessen in der Frage des Kanalservituts anerkennt und dementsprechend die Anwesenheit in engem Einvernehmen mit Schweden zu lösen gedenkt. Der Artikel 20 des Friedensvertrages gibt deshalb einen Beweis für Deutschlands aufrichtigen Entschluß, die berechtigten Interessen der Dänischen in jeder Weise zu berücksichtigen. (W. T. B.)

Bonar Law über die Kriegslage.

London, 7. März. In seiner bereits im Vorabend-Blat erwähnten Rede führte Bonar Law zur Begründung der neuen Kreditforderung über die militärische Lage aus: Das ganze deutsche Kolonialreich ist verschwunden. Der militärische Erfolg Rumaniens habe völlig von der Mitwirkung Rußlands abgesehen. Für England sei es den Umständen nach völlig unmöglich gewesen, Rumänien zu Hilfe zu kommen. Acht hundert Friedensverhandlungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten hat man schon nur noch einmal seine Zustimmung gegeben. Ueber Mesopotamien und Palästina bemerkte der Redner, er sei während des ganzen Krieges sehr für die Theorie eingenommen gewesen, daß man die Rechte der Mittelmächte zerbrechen könnte, wenn man ein Mitglied zerbräche. Jetzt weiß er aber, ob es jemals möglich gewesen sei, entscheidende Operationen durch über See herangeführte Truppen durchzuführen. Als England genügend Tonnage hatte, hatte es nicht genügend ausgebildete Truppen. Jetzt machen die Schiffsraumverhältnisse die Heberführung sehr harter Kräfte dorthin unmöglich. Wahgebende Soldaten oder Zivilisten hätten weder je gefaßt, daß England den Ereignissen im Osten gleichgültig gegenüberstehen könne, noch bezweifelt, daß die Westfront genügend Mannschaften haben müsse, um jedes erforderliche Ergebnis dort zu erzielen. Die Einnahme Jerusalems sei der Höhepunkt des Feldzuges in Palästina, aber nicht sein Ende. Gute Kenner Judäens hätten der Regierung vorgeschickt, daß auf Judäen die Einnahme Bagdads arabischer Eindringlinge machen würde, als jede denkbare andere Unternehmung. England könne offenbar, wenn es nicht völlig besaß wäre, Ägypten nicht ansetzen. Im Ägypten vor einer Invasion zu schützen, bedürfte es einer viel größeren Truppenmacht, als der in Mesopotamien und Palästina operierenden. Die Kritik des Salonikunternehmens sei die Lage schwerlich richtig an. Die Ereignisse in Rußland seien schuld, daß die Truppen in Saloniki in seiner befriedigenden Lage befänden. Die Meinung gebe an, daß die dortige Lage gefährlich werden könnte. Aber nach allen Informationen würde eine Expedition der Mittelmächte für diese vollständig werden, oder sie müßten jeden Meter, um den sie die verbündeten Truppen zurückschlagen, teuer bezahlen. Die Expedition sei unmöglich zu verhindern, teuer bezahlen. Eine Heilige Königin Konstantin noch auf dem Throne und die Deutschen hätten nach Griechenland über den Dardanellen. Die griechischen Häfen ständen dann den feindlichen Unterseebooten zur Verfügung und England würde die Verbindungen mit dem Osten kaum aufrechterhalten können.

Ueber die Lage im Westen sagte Bonar Law: Meiner Ansicht nach wäre der Krieg im vorigen Jahre zu Gunsten der Alliierten beendet worden, wenn nicht (1) die Ereignisse in Rußland eingetreten wären. Diese Ereignisse sind ein fürchterlicher Schlag für die Verbündeten. Aber Deutschland ist dem Frieden, den es erwartet, nicht einen Schritt näher gekommen. Die Ereignisse in Rußland verändern die Lage unserer Feinde erheblich. Aber es ist lächerlich, anzunehmen zu wollen, daß Deutschland ein Land wie Rußland ausbeuten könnte. Die neue Lage in Rußland hat die Lage an der Westfront völlig verändert. In den letzten Monaten wurden mehr als 30 Divisionen an die Westfront verlegt. Fast man aber die Westfront vom Monat bis zur März einschließlich der italienischen Front im Auge, so haben wir die größte Truppenzahl. (W. T. B.)

Die Friedensbewegung in England.

Der „Newe Rotterdamische Courant“ meldet aus London, daß dort eine Versammlung abgehalten wurde, um die Vorschläge Lansdownes zu unterstützen. Der Herausgeber der Wochenzeitschrift „Economic“, Birch, führte zusammen mit Lord Ashton-Jones, Lady Vandome und Noel Paxton den Vorsitz. Birch sagte, Lord Vandomes Ansichten würden jetzt vermutlich von der Mehrheit der denkenden Menschen im Vereinigten Königreich geteilt. Die Politik eines entscheidenden Sieges sei ein schwerer Schlag für viele ehrliche Menschen, die der Ansicht seien, daß England an diesem Kriege teilnimmt, um einen gerechten Frieden zu erhalten. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Lansdowne weit von einer großen öffentlichen Medientribüne herab sprechen werde. (Beifall.) Es muß der Antrag gestellt werden, Lansdowne für seinen zweiten Brief den Dank auszusprechen. Der Abgeordnete Lees Smith sagte, das Haupthindernis für den Frieden sei, daß es den Alliierten nicht gelänge, sich zu einer einheitlichen Führung zu gelangen. Die Hofforderungen seien nicht durchzuführen, und doch kämpfe

man weiter. Das Vorgehen Japans werde für die Alliierten neue Schwierigkeiten mit sich bringen. Es wurde beschlossen, im nächsten Bande derartige Verlautbarungen abzuheften, und die Hoffnung ausgedrückt, daß Lansdowne selbst die Leitung derselben übernehmen werde. (W. T. B.)

Amerika und Japan.

Die „Berlingische Abendpost“ bringt eine Washingtoner Privatmeldung über die angebliche wirkliche Stellung Japans zu Amerika hinsichtlich der sibirischen Aktion. Danach habe Amerika es nunmehr als abgelehnt, seine Zustimmung zu der von Japan beschlossenen Befestigung Sibiriens zu geben. Eine derartige Zustimmung, russische Gebiete zu besetzen, würde im Widerspruch zu Amerikas Kriegszielen, wie diese in Wilsons Januar-Botschaft als demokratisches Glaubensbekenntnis der Vereinigten Staaten namentlich auch mit Rücksicht auf Rußland der Welt verkündet wurden, Amerika wünsche außerdem, auf die Empfindlichkeit des russischen Volkes Rücksicht zu nehmen. Es könne daher nicht erwartet werden, daß Amerika etwas anderes tun werde, als festzuhalten, daß es seine Zustimmung nicht geben werde. Diesen seinen Standpunkt werde es der japanischen Regierung mitteilen.

Die amerikanischen Kriegsanstrengungen.

Amsterdam, 8. März. Nach einer Neutermeldung aus Washington vom 6. d. M. hat Präsident Wilson V. Baruch zum Vorsitzenden des Kriegsindustriekomitees ernannt an Stelle von Daniel Willard, der zum Vorsitzenden des beratenden Ausschusses des nationalen Verteidigungsrates wiedergewählt wurde. Robert S. Lovett wird die Aufgabe der Verbesserungen im Eisenbahnbetriebe übernehmen, um das Transportwesen zur höchsten Wirksamkeit auszugestalten. (W. T. B.)

Die amerikanische „Hilfe“ im Westen.

General Pershing, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Frankreich, hat nach dem Pariser Dankpruch vom 5. März, 4 Uhr nachmittags, folgendes erklärt: Wir haben unsere Anstrengungen weiter entwickelt. Unsere Truppen beteiligen sich am Kampfe. Unsere Bekände sind noch nicht sehr beträchtlich. Die amerikanische Hilfe ist noch in den Anfängen begriffen. — Diese Anstrengungen des amerikanischen Oberbefehlshabers stehen in idiosyncrasischer Übereinstimmung mit den amerikanischen Verhandlungen englischer und französischer Staatsmänner über die bereits wirksam gewordenen, zahlenmäßig bedeutende amerikanische Truppenhilfe.

Die deutschen Schiffahrtsbüros in Amerika.

Washington, 7. März. (Neuter.) Der Senat nahm eine Regierungsvorlage an, durch die eine Gesellschaft mit 25 Millionen Dollars geschaffen wird, um die Seereschiffahrt zu unterstützen. Die Vorlage geht jetzt an das Repräsentantenhaus. Der Anleiheauschuß im Senat verfaßt einen günstigen Bericht über einen Antrag, der die Vorlage über dringliche Ausgaben. Durch diese wird Palmer, der Verwaltung des fremdländischen Besitzums, ermächtigt, nach seinem Ermessen ausländisches Eigentum in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Der Antrag wird auch in den Vereinigten Staaten in die Lage versetzen, deutsche Schiffahrtsbüros und Hafenanlagen zu erwerben. Der Zweck des Antrages besteht, wie Palmer dem Ausschuss mitteilte, darin, Deutschland im Kriege zu fördern. Der Ertrag aus den Verkäufen soll in den Schatz der Vereinigten Staaten fließen, aber den feindlichen Eigentümern wieder erstattet werden, falls eine solche Rückgabe in den Friedensbedingungen enthalten ist. (W. T. B.)

Argentinien gibt seine Neutralität auf.

h. „Daily Chronicle“ meldet aus Buenos Aires: Am 3. März teilte der Gesandte der argentinischen Republik bei den Vereinigten Staaten bei seiner Rückkehr nach Washington der amerikanischen Regierung mit, daß Argentinien seine Neutralität aufgegeben habe. Der Gesandte sei beauftragt, über die Beteiligung Argentinien an der Aktion gegen die Zentralmächte zu verhandeln.

Neuseelands Premierminister über die Samoafrage.

Wellington, 7. März. In einer Rede erklärte der Premierminister von Neuseeland, er werde dem Reichstageskabinett und der Reichskonferenz aus Pflichtgefühl beizubehalten. Was die Samoafrage anbetrifft, sagte er, so liegt unser Interesse nicht in der Fruchtbarkeit und Produktivität dieser Inseln, sondern wir sind in Wirklichkeit besorgt, weil Samoa der Schlüssel zum südlichen Stillen Ozean ist. Wenn es an Deutschland zurückfällt, so würde es den Hauptstützpunkt der deutschen Flotte und den Mittelpunkt der deutschen Operationen im Stillen Ozean bilden. Die britische Fregatte wurde 1880 aus Samoa fortgebracht. Neuseelands Söhne brachten sie 1914 zurück. Meine Meinung und meine Hoffnung ist, daß sie anrückgetragen wurde, um dort zu bleiben. (W. T. B.)

Widerlegung der Enthüllungen Vichons.

Berlin, 8. März. Zu Vichons Enthüllungen hat sich der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. d. Bunsche einem Vertreter des W. T. B. gegenüber folgendermaßen geäußert: Die französische Regierung sucht den Mumm ihres Volkes über den Eintritt Frankreichs in den Krieg zur Unterstützung Rußlands angesichts des Ausweichens Rußlands nunmehr zu beschwichtigen. Sie möchte sich durch Veröffentlichung der Instruktionen an den deutschen Botschafter vom Juli 1914 den Nachweis führen, daß das deutsche Neutralitätsangebot unzulässig und nicht ernst gemeint war. Wenn von französischer Seite behauptet wird, Frankreich ist nicht direkt durch Deutschland angegriffen worden, sondern als Verbündeter Rußlands in den Krieg eingetreten, so ist das schon ein sehr wertvolles Eingeständnis.

Dieses Eingeständnis hat allerdings die französische Regierung bereits gemacht, seit dem die Entwicklung in Rußland es notwendig machte, dort in Erinnerung zu bringen, daß Frankreich lediglich zur Befreiung Rußlands in den Krieg gezogen sei und seine Verratsstreue allein es verhindert habe, neutral zu bleiben. Nachdem nun der Frieden der Weltmächte mit Rußland eine vollkommene Tatsache ist, und Frankreichs Verratsstreue, neutral zu bleiben, sich vor dem französischen Volke auf diesem Wege nicht mehr erheben rechtfertigen läßt, sollen die Instruktionen an den deutschen Botschafter, die Behauptung, neutral zu bleiben, durch die unannehmbaren deutschen Neutralitätsbedingungen rechtfertigen.

Wanz abgesehen davon, daß diese Bedingungen der französischen Regierung, als sie sich entschloß, nicht neutral zu bleiben, gar nicht bekannt waren, ist es überhaupt eine Verleumdung der Tatsachen, wenn sie den Kriegseintritt Frankreichs allein auf ihre Treue Rußland gegenüber zurückzuführen laßt. Die diplomatischen Veröffentlichungen der Entente selbst zeigen es ja, daß die französische Regierung sich keineswegs einfach Rußland ausließ, als dieses sich für den Krieg gegen Deutschlands Verbündeten entschied, sondern daß sie vielmehr einen ganz bestimmten Einfluß auf seinen Entschluß des Japans ausübte. Dieser Entschluß zum Kriege ist erst nach vorhergehenden Zusicherungen der französischen Hilfe erfolgt. Dies beweisen das englische Mandat, das französische Geldbuch und das russische Orangebuch unvorderzuletzt. Besonders bezeichnend ist das Telegramm, das am dem verhängnisvollen 10. Juli Salonow an seinen Botschafter nach Paris sandte. Er berichtet darin über die Mitteilung

gen des deutschen Botschafters, wonach Deutschland auch mobilisieren mühe, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle und schreibt wörtlich (Orangebuch Nr. 28):

Da wir dem Wunsche Deutschlands nicht Folge geben können, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Maßnahmen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichsten Unvermeidbarkeit des Krieges zu rechnen. Verhandeln Sie die französische Regierung davon, und danken Sie ihr gleichzeitig für die Erklärung, die der französische Botschafter in ihrem Namen abgab, daß wir nämlich vollständig auf die Unterstützung des uns verbündeten Frankreich zählen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist uns diese Erklärung besonders wertvoll.

Er griff Rußland, wie es auch der Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg ersehen läßt, nur auf Grund gemelntamer französischer Entscheidung zu den Waffen. Ja, die

treibenden Kräfte gingen mehr von Paris als von Petersburg aus, wie auch die unbegründete Einmischung Rußlands in den belgisch-französischen Konflikt nicht nur die schicksallose Willigung der französischen Regierung fand, sondern zum großen Teil auf direkte Ermunterung französischer Staatsmänner zurückzuführen ist. Diese lebhaft aktive

Teilnahme der französischen Regierung.

ang. (sonar England zu weit, wie verschiedene Entenentschlüsse beweisen. Ich will nur eins davon erwähnen, das englische Mandatdokument Nr. 6, von dem die französische Regierung die wichtigsten Sätze vorübergehend im französischen Selbstherrscher unter schlagen hat. Danach konnte am 24. Juli bereits der englische Botschafter in Petersburg an Sir Edward Grey telegraphieren: Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich alle Verpflichtungen erfüllen würde, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte, wenn die notwendigen diplomatischen Verhandlungen fast unterhalten würde. Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint mir, daß Frankreich und Rußland, selbst wenn wir absehen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, entschlossen sind, sich stark zur Wehr zu setzen.

Mit der Behauptung, daß die französische Regierung nur zum Schutz und zur Unterstützung Rußlands an den Waffen griffe, und daß sie auch gar nicht neutral bleiben konnte, weil Deutschland unannehmbare Bedingungen stellte oder stellen wollte, können sich die französischen Staatsmänner vor der objektiven Geschichtsbildung ebensowenig rechtfertigen, wie mit der früheren, nun endgültig aufgegebenen Behauptung, das französische Volk sei das Opfer eines Ueberfalls geworden. Im Gegenteil, die französische Regierung hat vom ersten Tage der Krisis an in engem Einvernehmen mit den längst entlassenen Kriegstreibern Salonow, Sachomilow und Januschewitsch die strategischen Entschlüsse Rußland gefördert und sie durch ihre lebhafteste Unterstützung überhaupt erst möglich gemacht. (W. T. B.)

Kaiser Wilhelm und König Gustaf.

Berlin, 8. März. Auf Grund der Berichte der aus Petersburg zurückgekehrten deutschen Kommission über die Hilfslosigkeit des schwedischen Votens bezuges für die deutschen Gefangenen in Rußland hat der Kaiser folgendes Danktelegramm an den König von Schweden gerichtet:

Er. Majestät dem König von Schweden, Graf Wirsbom, den ich an der Spitze meiner Kommission nach Petersburg gesandt habe, hat mir über die außerordentliche Güte und Aufopferung berichtet, mit der von den Organen Ihrer Regierung für das Wohl unserer in Rußland schwachenden Krieger und Zivilgefangenen gearbeitet wird. Kommt es Ihnen nicht rühmend genug die Tätigkeit Ihres Geliebten Generals Brandström und dessen heldenhafter Tochter hervorzuheben. Ich bin tief gerührt durch die Bemerkung edler menschenfreundlicher Gefinnung, von denen diese unermüdbare und selbstlose Tätigkeit Zeugnis ablegt. Es drängt mich, Dr. Feiner Regierung und allen, die in dem Werte der Gefangenensicherung in Rußland tätig sind, meinen tiefen Dank auszusprechen. Das deutsche Volk wird vernehen, was schwedische Männer und Frauen unter diesen schwierigen Verhältnissen für uns getan haben. Wilhelm.

Der König von Schweden sandte darauf folgendes Antworttelegramm an den Deutschen Kaiser:

Von ganzem Herzen Dank für Dein überaus lebenswichtiges Telegramm mit so nützlichen anerkennenden Worten über unsere Tätigkeit für die armen Gefangenen. Es ist allen Beteiligten Herzenspflicht und Freude gewesen, an dieser Arbeit teilzunehmen und für mich eine wahre Genugtuung, daß meine Schweden etwas zur Verringerung der Leiden beitragen konnten. Gustaf. (W. T. B.)

Danktelegramm des Kaisers an die Provinz Ostpreußen.

Hainberg, 8. März. Auf ein Guldigungstelegramm des Provinziallandtages ging folgende Antwort des Kaisers ein: Ganzlichen Dank für den treuen, mich sehr ermunternden Gruß. Die Provinz Ostpreußen steht meinem Herzen besonders nahe. Sie hat auch in diesem Kriege die größten Opfer bringen müssen und wird noch lange besonderer Förderung bedürfen. Um so dankbarer wird gerade in Ostpreußen das Gottesgericht im Lichte empfunden werden. Unseren Sieg verdanken wir nicht zum wenigsten den stillen und gelassenen Opfern, die der große Heile von Hainberg unterem Volke geschenkt hat. Dem nächsten Wiederanfang und aller treuen Arbeit für Ostpreußens Zukunft gehört mein dauerndes wärmstes Interesse. Dem Landtage meinen aufrichtigen Glückwunsch. Gott helfe weiter bis zum endgültigen Siege. Wilhelm, K.

Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 8. März. Im Hauptausschuß des Reichstages legte in der Sitzung des Unterausschusses für die Preisgestaltung des Waffens- und Munitionsbefehlshabers ein Regierungsvertreter die Grundzüge dieses Amtes dar, die für die Preisbildung bei den militärischen Bedarfsartikeln zur Anwendung kommen. Zur Durchführung dieser Grundzüge ist die Preisprüfungsstelle geschaffen worden. Das Prüfungsergebnis ist, daß sich etwa 50 Millionen Mark monatlich für das Reich einspart werden. (W. T. B.)

Die Vorkäufe in den Daimler-Werken.

Berlin, 8. März. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm den Bericht des Abg. Rose an dem Unterausschuß entgegen. Der Berichtserstatter verbreitete sich über die Vorkäufe und Belegwerden bei Kriegslieferungen etc., namentlich bei Anschaffung von Automobilen, und behauptete, daß den Beschaffungsmächtigsten die Bundesratsverordnung vom 12. Juni 1917 nicht rechtmäßig zur Beachtung überreicht worden sei. Dann hätte z. B. den Daimlerwerken das Frosthandwerk gefertigt werden können, denen der Friedenspreis weiter bezahlt worden sei, auch als sie Autos in Massen zu liefern hätten. So seien die aufbehaltenen Gewinne und Dividenden für die Aktionäre entfallen. Unerbört sei die Drohung der Firma, die Erzeugung zu vermindern, wenn ihr nicht Preiszuschläge für Motoren gewährt würden. Erst nach Androhung der Militarisierung des Betriebs hätten die Leiter sich zur Vorlage der Unterlagen für die Berechnung der Gekochungsstellen begeben. Dabei seien dann noch Verschönerungsberichte seitens der Generalleitung gemacht worden, was den Unterausschuß veranlaßte, scharfe Maßnahmen dagegen zu fordern; solche seien vom wirtschafsbüroischen Kriegsministerium getroffen worden. Die Werte seien unter militärischer Kontrolle gestellt, auch die Staatsanwaltschaft beschäftigte sich mit der Sache. Die Anklage und Verurteilung wegen Kriegswucher sei da mehr als irgendwo anders am Plage. Generalfeldzeugmeister Couperie äußerte sich über die Preisbildung dahin: In dem Beginn des Krieges seien hohe Preise zum Anreiz der Munitionsbefehlshaber und Waffenerzeugung mit Rücksicht bezahlt worden, insofern auf der Grundlage der in den Spandauer Staatswerkstätten gemachten Erfahrungen. Die meisten liefern